

Beschluss Pflege und gesundheitliche Versorgung sozial gerecht gestalten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Unser Gemeinwesen in Mecklenburg-Vorpommern steht vor erheblichen gesundheits-
2 und sozialpolitischen Herausforderungen. Diese werden maßgeblich auch durch den
3 demographischen Wandel hervorgerufen bzw. deutlich durch diesen verschärft. Die
4 Bevölkerungszahl wird bis 2045 landesweit betrachtet um etwa sechs Prozent
5 abnehmen, wobei sich diese Entwicklung regional und in den diversen
6 Altersgruppen sehr unterschiedlich darstellt. Während die kreisfreien Städte
7 Rostock und Schwerin sowie ihr Umland teilweise Bevölkerungszuwächse verzeichnen
8 werden, müssen sich die ländlichen Regionen auf eine noch stärkere Abwanderung
9 und eine weiter zunehmende Überalterung einstellen. Jeder fünfte Mensch in MV
10 ist älter als 65, im Jahr 2030 wird es fast jeder dritte sein.

11 Die Landesdelegiertenkonferenz stellt fest:

- 12 1. Die Anzahl pflegebedürftiger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern steigt
13 kontinuierlich an. Während 2015 noch ca. 79.000 Menschen pflegebedürftig
14 waren, sind es heute, 2024, schon etwa 129.000 und in 15 Jahren, im Jahr
15 2040, etwa 152.000.
- 16 2. Die Anzahl der verfügbaren Fachkräfte im Pflege- und Gesundheitswesen in
17 Mecklenburg-Vorpommern ist mit steigender Tendenz unzureichend. Von den
18 aktuell etwa 13.000 Beschäftigten in der ambulanten und den 17.000
19 Beschäftigten in der stationären Pflege gehen in den kommenden zehn Jahren
20 etwa 20 Prozent in den Ruhestand und müssen ersetzt werden. Bundesweit ist
21 bis 2044 mit einer Lücke von etwa 600.000 Pflegekräften zu rechnen. Bei
22 Fortsetzung der derzeitigen Organisationsstrukturen werden in Mecklenburg-
23 Vorpommern 2045 nur noch 42 Prozent des benötigten Personals in der
24 Altenpflege verfügbar sein.
- 25 3. Pflegenden Angehörigen sind bereits heute viel zu oft mit zu schlechten
26 Rahmenbedingungen und enormer Beanspruchung konfrontiert, die bis zur
27 Überforderung reichen können.
- 28 4. Auch informelle Pflegenetzwerke abseits der Familien, in Nachbarschaften,
29 Freundschaften und über ehrenamtliche Vereine, engagieren sich bereits oft
30 über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus.
- 31 5. Die wirtschaftliche Situation der über 500 ambulanten Pflegedienste ist
32 weiterhin massiv angespannt.
- 33 6. Der Notstand in der Pflege spitzt sich durch die Abwanderung jüngerer
34 Menschen weiter zu.
- 35 7. Die Menschen in den ländlichen Regionen sind überproportional von
36 Praxisschließungen, langen Wegen zu Fachärzt*innen und einer

37 unzureichenden Notfallversorgung betroffen. Dadurch manifestieren sich
38 abseits der größeren Städte geringere Zugangschancen zu Pflegeangeboten,
39 Gesundheitsleistungen und sozialer Teilhabe.

40 8. Besonders betroffen davon sind ältere Menschen in den Städten und im
41 ländlichen Raum, die marginalisierten Gruppen angehören, unter anderem
42 ältere Menschen mit geringem Einkommen, Alleinstehende und Menschen mit
43 Behinderungen.

44 Auch in dieser schwierigen Lage gilt:

45 Für uns BÜNDNISGRÜNE ist die Würde aller Menschen in allen Altersgruppen in
46 allen Regionen und in allen gesundheitlichen Lagen unverhandelbar. Wir haben den
47 Anspruch, allen älteren Menschen eine gute Pflege, eine umfassende
48 gesundheitliche Versorgung, soziale Sicherheit und eine hohe Lebensqualität zu
49 ermöglichen, indem wir den dafür nötigen Rahmen schaffen.

50 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert:

51 Die Pflegelandschaft stärken - Angebote flächendeckend sichern

- 52 1. Weiterentwicklung und Ausbau der aktuell 19 Pflegestützpunkte in MV zu
53 einem Pflege-Netzwerk mit mobilen Teams, die präventive Hausbesuche,
54 Beratung und Koordination von Pflegeleistungen auch in ländlichen Räumen
55 sicherstellen.
- 56 2. Beschleunigung und Verbesserung der Anerkennungsverfahren für ausländische
57 Berufsabschlüsse und mehr Möglichkeiten zur Nachqualifikation.
- 58 3. Förderung der Arbeit multiprofessioneller Teams aus Pflegefachpersonal,
59 Ärzt*innen und Gesundheitsfachberufen unter Einbeziehung von Angehörigen.
- 60 4. Förderung der Digitalisierung der Pflege mit Schwerpunkt auf
61 telemedizinische Unterstützung, digitale Dokumentation und
62 Assistenzsysteme für häusliche Pflege.
- 63 5. Die in MV vorhandenen Ausbildungskapazitäten effektiver als bisher zur
64 Gewinnung von Fachkräften für MV nutzen. Hierzu Steigerung der
65 Attraktivität der Ausbildungsformen und Erhöhung der Anreize, nach der
66 Ausbildung in MV zu bleiben u.a. durch bessere und geschlechtergerechte
67 Löhne.
- 68 6. Einrichtung eines Landesnetzwerks für Pflegeforschung und -innovation.
- 69 7. Förderung gemeinschaftlicher Pflegekonzepte in unterversorgten Regionen,
70 nachbarschaftlicher Unterstützungsstrukturen, von Pflege-WGs,

71 intergenerativem, integriertem und betreuten Wohnen sowie
72 Seniorentagesstätten mit Pflegeangebot.

73 8. Sicherstellung einer bedarfsgerechten Anzahl an Kurzzeitpflegeplätzen in
74 jedem Landkreis.

75 9. Förderung der kultursensiblen Pflege durch spezielle
76 Qualifizierungsangebote und Unterstützung mehrsprachiger
77 Beratungsangebote.

78 Gesundheitliche Versorgung für alle erreichbar machen - niemand wird abgehängt

79 1. Aufbau eines flächendeckenden Netzes von regionalen Gesundheitszentren mit
80 interdisziplinären Teams aus Ärzt*innen, Pflegekräften und Therapeut*innen
81 in jedem Mittelzentrum.

82 2. Etablierung von „Community Health Nurses“ in jedem Landkreis zur besseren
83 Versorgung in der Fläche.

84 3. Förderung von mobilen Praxen und der Mobilität des ärztlichen und
85 pflegerischen Personals in unterversorgten Gebieten.

86 4. Förderung der sektorenübergreifenden Versorgung durch Modellprojekte nach
87 § 64a SGB V mit besonderem Fokus auf chronisch Kranke und multimorbide
88 Patient*innen. Evaluierte und bewährte Modellprojekte werden in die
89 Regelversorgung übernommen.

90 5. Gewährleistung einer flächendeckenden psychotherapeutischen Versorgung mit
91 direktem Zugang zu psychotherapeutischen Hilfsangeboten, sowie ein
92 konsequentes Überwinden der Hürden in der Ausbildung von
93 Psychotherapeut*innen in MV.

94 6. Eine 1zu1-Betreuungsgarantie durch Hebammen unter der Geburt für alle
95 Frauen, eine umfassende Förderung freiberuflicher Hebammenhilfe sowie der
96 Erhalt aller noch vorhandenen Geburtskliniken in MV.

97 7. Umfassende Stärkung der Gesundheitskompetenz „in der Bevölkerung“, „durch
98 effektive, zielgruppengerechte Informationskonzepte“ und durch höhere
99 Kommunikationskompetenz der im Gesundheitswesen Tätigen.

100 8. Förderung der kommunalen Gesundheitsplanung (ÖGD) durch die Verpflichtung,
101 regionale Gesundheitskonferenzen unter Beteiligung aller relevanten
102 Akteur*innen durchzuführen.

103 Sozial gerecht handeln - den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern

- 104 1. Einrichtung von Sozialberatungszentren, in denen sich alle Menschen
105 barrierefrei darüber informieren können, welche staatlichen Leistungen sie
106 in Anspruch nehmen können.
- 107 2. Digitale Teilhabe für alle durch Schulungen und Leihgeräte für ältere und
108 einkommensschwache Menschen zur Nutzung telemedizinischer Angebote -
109 flächendeckende Einrichtung von sog. Gesundheitskiosken.
- 110 3. Förderung der Ausbildung von Gesundheitslots*innen in sozialen
111 Brennpunkten und ländlichen Gemeinden zur Unterstützung bei der Navigation
112 durch das Gesundheitssystem.
- 113 4. Einführung eines Landesprogramms zur Barrierefreiheit in allen
114 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit konkreten Zeitvorgaben und
115 finanzieller Unterstützung.
- 116 5. Förderung von Selbsthilfegruppen, Patientenorganisationen und
117 Beratungsstrukturen mit besonderem Fokus auf ländliche Regionen.
- 118 6. Entwicklung eines Konzepts „Gesunde Quartiere“ zur Förderung
119 gesundheitsförderlicher Lebenswelten in benachteiligten Stadtteilen und
120 kleinen Gemeinden.
- 121 7. Einrichtung eines Landesfonds zur Unterstützung pflegender Angehöriger mit
122 Entlastungsangeboten, Beratung und finanzieller Hilfe.